

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer,
Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/28673 –**

Übergänge zwischen dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) soll laut § 1 SGB XII eine Führung des Lebens ermöglichen, die der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe steht dabei laut § 2 SGB XII im Nachrang zu Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Nur solche Personen, die nicht in der Lage sind, sich durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft, ihres Einkommens oder ihres Vermögens selbst zu helfen, erhalten diese Leistungen. Damit ein Bürger aus dem Bezug von SGB II in den Bezug von SGB XII wechseln kann, ist zunächst eine ärztliche Einschätzung der Erwerbsfähigkeit notwendig. Sobald festgestellt wird, dass die betroffene Person dauerhaft nicht in der Lage ist, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein, kann eine Überweisung in das SGB XII erfolgen.

Im SGB XII steht dementsprechend nicht die Arbeitsaufnahme im Vordergrund, sondern vielmehr die Stabilisierung der Lebensverhältnisse und die Ermöglichung eines angemessenen Lebens. Wegen der dort gewährten Hilfen zur Gesundheit, Pflege und Eingliederung ist ein Übergang zu Leistungen nach dem SGB XII für viele Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher deutlich zielführender, weil dies eine Verbesserung der gesundheitlichen Lage und gegebenenfalls einen schrittweisen Ausbau der Erwerbsfähigkeit ermöglicht.

In der Praxis erfolgt jedoch, nach Kenntnis der Fragesteller, oft eine Überweisung zwischen den beiden Systemen nur schleppend oder sie erfolgt gar nicht. In vielen Fällen müssen sehr hohe Hürden überwunden werden, damit überhaupt ein Wechsel zwischen SGB II und SGB XII möglich ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich in der Betreuung durch Jobcenter zunehmend Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher befinden, die zwar nicht in der Lage sind, erwerbstätig zu werden, aber hierfür keine Bestätigung erhalten.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) enthält Leistungen zur Deckung des notwendigen Lebensunterhalts (notwendiger Be-

darf) und damit zur Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums in Form der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Leistungsberechtigt sind Personen, die nicht erwerbsfähig und zugleich hilfebedürftig sind, weil sie ihren Lebensunterhalt in Höhe ihres notwendigen Bedarfs nicht aus eigenen Mitteln decken können. Unter dieser Voraussetzung sind Personen in der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII leistungsberechtigt, wenn sie entweder das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder ein der Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII – ein der jeweils geltenden Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung – entsprechendes Lebensalter noch nicht erreicht haben und zeitlich befristet voll erwerbsgemindert sind. Hilfebedürftige Personen sind in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung leistungsberechtigt, wenn sie entweder volljährig und dauerhaft voll erwerbsgemindert sind oder ein der Altersgrenze entsprechendes Lebensalter erreicht beziehungsweise überschritten haben. Nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII Leistungsberechtigte sind also entweder aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, unter den allgemeinen Bedingungen des Arbeitsmarktes eine Erwerbstätigkeit von regelmäßig mindestens drei Stunden täglich auszuüben oder sie unterfallen den Altersbeschränkungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), d. h. sie sind entweder unter 15 Jahre alt oder sie überschreiten die Regelaltersgrenze.

Eine Leistungsberechtigung nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII schließt eine Leistungsberechtigung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II aus. Dies gilt auch umgekehrt.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Fragesteller nicht, dass ein Übergang vom SGB II in das SGB XII für Leistungsberechtigte zur Verbesserung ihrer gesundheitlichen Lage und des Ausbaus ihrer Erwerbsfähigkeit deutlich zielführender sei. So führen die Jobcenter – im Gegensatz zu den SGB XII Trägern – beispielsweise Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation (Wiedereingliederung) durch, wenn die Bundesagentur für Arbeit Rehabilitationsträger ist. Auch führt der Bezug von Leistungen nach dem SGB II nicht zum Ausschluss von Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII. Entsprechendes gilt für Leistungen zur Eingliederung bei Vorliegen oder dem drohenden Eintritt einer Behinderung durch Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX). Hilfen zur Gesundheit nach dem Fünften Kapitel des SGB XII ersetzen Krankenbehandlung und sonstige Gesundheitsleistungen, wie sie im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) enthalten sind, für alle Personen, die nicht krankenversichert sind. Alle Leistungsbeziehenden im SGB II sind krankenversichert und sie behalten ihren Versicherungsschutz auch im Falle eines Wechsels in den Bezug nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII. Aus einem solchen Wechsel ergeben sich deshalb hinsichtlich der Absicherung im Krankheitsfall keine Unterschiede.

1. Wie vielen Personen im SGB-II-Bezug wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zwei, drei, vier oder mehr Jahren seitens des Jobcenters weder ein konkretes Vermittlungs- oder Förderangebot noch ein Vermittlungsvorschlag für ein geringfügiges oder sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gemacht noch haben sie Vermittlungsgutscheine oder Angebote für die Übernahme von Bewerbungskosten oder berufliche Weiterbildung erhalten?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

- a) Wenn hierzu keine Daten vorliegen sollten, geht die Bundesregierung davon aus, dass es solche Fälle gibt, und wenn ja, wie kann dies begründet werden?

Die Jobcenter haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit grundsätzlich alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entsprechend deren Bedarfen, Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit in die Integrationsarbeit einzubeziehen. Ist allerdings für Rehabilitanden im Rechtskreis SGB II nicht die Bundesagentur für Arbeit zuständiger Rehabilitationsträger, dann sind die zuständigen Träger (insbesondere Rentenversicherungsträger, Berufsgenossenschaften) verantwortlich für die Erbringung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. In diesen Fällen dürfen die Jobcenter aufgrund der Nachrangigkeit des SGB II grundsätzlich keine Leistungen gewähren. Mit dem Teilhabestärkungsgesetz wird das sogenannte Leistungsverbot teilweise aufgehoben, um die Eingliederungs- und Vermittlungschancen der Betroffenen zu verbessern. Sollten darüber hinaus Betroffene über einen längeren Zeitraum hinweg keine Vermittlungs- oder Förderangebote erhalten, so kann dies nicht pauschal, sondern nur auf den Einzelfall bezogen begründet werden.

- b) Wenn hierzu keine Daten vorliegen sollten, wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass Angebote nicht engmaschig genug auf die Leistungsberechtigten abgestimmt sind, um ausschließen zu können, dass jemand durchs Raster gefallen ist?

Im Rechtskreis SGB II steht ein breit gefächertes und umfassendes Leistungsspektrum (insbesondere Beratung und Vermittlung, vermittlungsunterstützende Leistungen, Aktivierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, nachgehende Betreuung, kommunale Leistungen) zur Verfügung, das auf die Bedarfe der Leistungsberechtigten engmaschig abgestimmte Angebote ermöglicht. Mit dem Teilhabechancengesetz wurde überdies für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose die Möglichkeit zur Förderung der sozialen Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16i SGB II) eröffnet.

2. Wie viele Leistungsbezieher sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren jährlich vom SGB II ins SGB XII gewechselt (bitte diejenigen, die gleichzeitig in die Rente und Erwerbsminderungsrente gewechselt sind separat ausweisen, bitte jeweils aufschlüsseln nach einzelnen Jobcentern, nach Optionskommunen und gemeinsamen Einrichtungen differenzieren)?
 - a) Wie viele Verfahren zum Wechsel vom SGB II ins SGB XII wurden anteilig in den letzten zehn Jahren abgebrochen, und aus welchen Gründen?
 - b) Ist es Leistungsbezieher möglich, einen Wechsel vom SGB II in das SGB XII zu verhindern, und wie häufig ist dies in den vergangenen zehn Jahren geschehen?

Die Fragen 2 bis 2b werden gemeinsam beantwortet.

Statistische Daten hierzu liegen nur für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII vor. Mit Einführung der zentralen Statistik für das Vierte Kapitel des SGB XII wird seit 2015 der Beginn der Leistungsgewährung nach Gründen erhoben. Die Zahl der Leistungsberechtigten, welche im jeweiligen Jahr aus dem Leistungsbezug nach dem SGB II in den nach dem Vierten Kapitel des SGB XII gewechselt sind, ergibt sich aus der Summe der vier Quartalswerte eines Kalenderjahres und ist

der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen; die Statistik weist keine Werte für einzelne Träger nach dem SGB XII aus.

Leistungsberechtigte nach dem Vierten Kapitel des SGB XII mit Beginn der Leistungsgewährung im jeweiligen Jahr durch Überleitung aus dem SGB II						
	2015	2016	2017	2018	2019	2020
insgesamt	30.040	26.776	27.007	24.286	23.875	23.083
18 bis Altersgrenze*	14.393	13.710	13.313	12.143	11.336	10.847
ab Altersgrenze*	15.647	13.066	13.694	12.143	12.539	12.236

* Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

Für die Fragestellung bedeutsam sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, aber ein der Altersgrenze nach § 7a SGB II (entspricht der jeweiligen Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung) entsprechendes Lebensalter noch nicht erreicht haben. Wer Arbeitslosengeld II nach dem SGB II bezieht, dessen Leistungsbezug endet mit dem Monat, in dem eine Altersrente beginnt, spätestens mit Ablauf des Monats, in dem die Altersgrenze nach § 7a SGB II erreicht wird. Bei fortbestehender Hilfebedürftigkeit wechselt dieser Personenkreis in den Leistungsbezug nach dem Vierten Kapitel des SGB XII.

Ein Wechsel vom SGB II in das SGB XII knüpft an den objektiven Kriterien Alter und Erwerbsfähigkeit an und unterliegen damit nicht den individuellen Entscheidungen von Leistungsberechtigten. Leistungsberechtigte können allerdings gegen einen solchen Wechsel Widerspruch und Klage beim Sozialgericht einlegen.

3. Ist ein Wechsel aus dem SGB XII zurück in das SGB II möglich?

Welches Verfahren ist hierfür anzuwenden?

Wie viele Leistungsbezieher sind in den letzten zehn Jahren jährlich vom SGB XII ins SGB II gewechselt (bitte nach einzelnen Jobcentern aufschlüsseln)?

Leistungsberechtigten nach dem Dritten Kapitel des SGB XII ist ein Wechsel in das SGB II möglich, wenn festgestellt wird, dass Erwerbsfähigkeit (wieder) vorliegt. Eine Überprüfung, ob die festgestellte zeitlich befristete volle Erwerbsminderung weiterhin vorliegt, erfolgt regelmäßig zum Auslaufen des Zeitraums, für den dies festgestellt worden ist.

Ergibt sich dabei, dass die für die zeitlich befristete volle Erwerbsminderung ursächlichen gesundheitlichen Einschränkungen sich soweit gebessert haben, dass Erwerbsfähigkeit nunmehr vorliegt, hat der zuständige Träger der Sozialhilfe die Leistungsgewährung einzustellen. Er verweist dann bei fortbestehender Hilfebedürftigkeit auf das zuständige Jobcenter.

Ein Wechsel vom Dritten Kapitel des SGB XII in das SGB II erfolgt auch dann, wenn eine nach dem Dritten Kapitel des SGB XII leistungsberechtigte Person eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit einer regelmäßigen täglichen Arbeitszeit von mindestens drei Stunden aufgenommen hat, aber weiterhin hilfebedürftig ist.

Zur Anzahl von Personen oder Personengemeinschaften, die aus dem Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII in den Bezug von Leistungen nach dem SGB II gewechselt sind, weist die amtliche Sozialhilfestatistik Folgendes aus: Erfasst wird die Anzahl der Fälle, in denen

die Leistung wegen des Wechsels in die Zuständigkeit des SGB II eingestellt wurde. Die Daten für 2011 bis 2019 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Für 2020 liegen die entsprechenden Daten noch nicht vor.

Einstellung des Leistungsbezugs von Personengemeinschaften Leistungsbeziehenden in der Hilfe zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel des SGB XII) im Laufe des jeweiligen Berichtsjahres wegen Wechsels in die Zuständigkeit des Leistungsträgers nach SGB II						
2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4.666	4.987	4.332	3.748	2.709	2.226	2.649

4. Wie viele Personen im SGB XII arbeiten (bitte jeweils nach einzelnen Jobcentern aufschlüsseln, nach Optionskommunen und gemeinsamen Einrichtungen differenzieren; bitte in der Gesamtzahl auch anteilig ausweisen, bitte soweit vorhanden weitere Informationen zu zeitlichem Umfang, zur Entlohnung)?

Die Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel werden von den Trägern der Sozialhilfe erbracht. Soweit dies durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe erfolgt, sind dies die Kommunen. Die Statistik für das Dritte Kapitel und auch für das Vierte Kapitel des SGB XII weist keine Daten auf Trägerebene aus.

Angesichts der Abgrenzung der nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII leistungsberechtigten Personen (siehe auch Vorbemerkung der Bundesregierung) sind diese wegen ihres Alters nicht leistungsberechtigt oder weil sie aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbsfähig sind. Arbeiten im Sinne der Ausübung einer Erwerbstätigkeit stellt deshalb bei Leistungsberechtigten nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII die Ausnahme dar. Dies bestätigen auch die vorliegenden statistischen Daten.

Allerdings werden weder in der Statistik für das Dritte noch für das Vierte Kapitel des SGB XII Art und Umfang der Erwerbstätigkeit erfasst, weshalb keine Daten über deren zeitlichen Umfang vorliegen. Statistisch erfasst werden die auf einen Leistungsanspruch anzurechnenden Einkommen insgesamt und nach Einkommensarten. Dabei werden auch die Anzahl der Fälle mit anzurechnendem Erwerbseinkommen sowie dessen durchschnittliche Höhe erfasst.

In der amtlichen Statistik zur Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII werden Ende des Jahres 2019 (aktuellster Wert) 3 244 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen mit einer Beschäftigung ausgewiesen. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 Prozent an allen Leistungsberechtigten ab 15 Jahren außerhalb von Einrichtungen (93 244).

Im Rahmen der Grundsicherungsstatistik nach dem Vierten Kapitel SGB XII werden keine entsprechenden Daten erhoben. Hilfsweise kann die Zahl der Leistungsberechtigten mit angerechnetem Einkommen aus Erwerbstätigkeit herangezogen werden. Ende 2020 wurde bei 145 814 Leistungsberechtigten Einkommen aus Erwerbstätigkeit angerechnet. Dies entspricht einem Anteil von 13,3 Prozent an allen Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (1 098 627). Davon hatten 135 367 Personen die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII noch nicht erreicht. Das durchschnittlich angerechnete Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach Berücksichtigung von Freibeträgen belief sich auf 60 Euro (durchschnittlich 50 Euro bei Leistungsberechtigten unterhalb der Altersgrenze und 130 Euro bei Leistungsberechtigten ab der Altersgrenze).

5. Bestehen Kontingente oder Empfehlungen, die die maximale Zahl der monatlichen bzw. jährlichen Übergänge vorgeben (falls ja, bitte nach einzelnen Jobcentern aufschlüsseln, nach Optionskommunen und gemeinsamen Einrichtungen differenzieren)?

Nach welchen Parametern werden diese Kontingente vergeben?

Es gibt keine Kontingente für Rechtskreiswechsel zwischen dem SGB II und dem SGB XII. Maßgeblich ist allein, ob Leistungsberechtigte die Voraussetzungen für Leistungen nach dem jeweiligen Recht erfüllen.

6. Wie viele Begutachtungen der Erwerbsfähigkeit wurden in den letzten zehn Jahren jährlich durch Ärzte durchgeführt (bitte nach einzelnen Jobcentern und Typen der Ärzte [beispielsweise Amtsarzt der Agentur, Amtsarzt der Kommune, unabhängiger Arzt usw.] aufschlüsseln)?

Das Vorliegen einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung als Voraussetzung für eine Leistungsberechtigung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII wird nach § 45 SGB XII durch Ersuchen des SGB XII-Trägers an den nach § 109a Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) zuständigen Träger der Rentenversicherung gutachterlich festgestellt. Hierbei ist festzustellen, ob eine volle Erwerbsminderung vorliegt und ob diese als dauerhaft oder als zeitlich befristet anzusehen ist.

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung Bund jährlich die Kosten und Auslagen, die den Trägern der Rentenversicherung durch diese Begutachtungen entstanden sind (§ 224b SGB VI). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Begutachtungen der letzten 10 Jahre. Darüber hinaus liegen keine Informationen zur Beantwortung der Frage vor.

	Anzahl Begutachtungen für SGB XII	Anzahl Begutachtungen für SGB II
2011	17.496	405
2012	18.233	912
2013	20.031	1.325
2014	21.642	2.285
2015	23.101	3.260
2016	25.570	4.364
2017	27.117	5.323
2018	28.393	6.449
2019	28.633	7.984
2020	31.811	8.723

7. Wie viele Leistungsbezieher im SGB II sind zu jedem Zeitpunkt für mehr als vier Monate, aber weniger als sieben Monate als erwerbsunfähig eingestuft (falls Daten nicht vorliegen, bitte aufzählen, wie viele Personen allgemein als erwerbsunfähig bzw. arbeitsunfähig geführt werden)?

Wie lange ist die durchschnittliche Einstufung der Erwerbsunfähigkeit (bitte nach einzelnen Jobcentern aufschlüsseln und die Entwicklung der letzten fünf Jahre darstellen)?

Der Bundesregierung liegen keine Daten dazu vor, wie viele Leistungsberechtigte im SGB II für mehr als vier aber weniger als sieben Monate erwerbsunfähig sind. Auch zur durchschnittlichen Dauer der Erwerbsunfähigkeit Leistungsberechtigter nach dem SGB II liegen keine Daten vor. Verfügbar sind statische

Daten zur durchschnittlichen Anzahl der nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten über 15 Jahre. Diese sind als Anlage beigefügt.

8. Wie war bei denjenigen, die in den letzten zehn Jahren aus dem SGB II in das SGB XII gewechselt sind, die Erwerbsfähigkeitsbiographie: wie viele waren aus gesundheitlichen Gründen davor bereits seit zwei, drei, vier oder mehr Jahren aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbstätig?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

9. Sind der Bundesregierung Informationen darüber bekannt, dass sich Träger des SGB XII einer Aufnahme der Leistungsbezieher aus dem SGB II verweigern?

Wenn ja, welche Gründe gibt es für eine solche Weigerung?

10. Welches Verfahren muss eingeleitet werden, damit ein Leistungsbezieher aus dem SGB II in das SGB XII wechseln kann?

Welche Vereinbarungen und Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Behörden sind anzuwenden?

Die Feststellung, ob Erwerbsfähigkeit nach dem SGB II vorliegt, erfolgt durch die Agentur für Arbeit. Bei Widerspruch eines Trägers nach dem SGB XII gegen eine solche Feststellung der Agentur für Arbeit hat diese nach § 44a SGB II eine gutachterliche Stellungnahme des zuständigen Trägers der Rentenversicherung nach § 109a Absatz 2 SGB VI einzuholen. Bis zu deren Vorliegen hat das Jobcenter Leistungen nach dem SGB II zu erbringen. Die gutachterliche Stellungnahme eines Trägers der Rentenversicherung ist für alle beteiligten Sozialversicherungsträger bindend.

Im ersten Schritt muss die Erwerbsfähigkeit im Sinne des § 8 SGB II geprüft werden. Dies erfolgt i. d. R. über ein ärztliches Gutachten der beteiligten Einrichtungen. Erst wenn Leistungsberechtigte nicht mehr in der Lage sind, mindestens 3 Stunden am Tag einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, werden sie aufgefordert, einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB XII zu stellen. Das Jobcenter unterstützt dabei. Der SGB XII-Träger ist nicht an das vom Jobcenter beauftragte Gutachten gebunden.

11. Bestehen Schnittstellen für einen automatisierten Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden?

Es bestehen keine automatisierten Schnittstellen für den Datenaustausch zwischen den beteiligten Sozialversicherungsträgern. Der Datenaustausch findet vielmehr einzelfallbezogen zwischen den Behörden statt.

12. Welche Möglichkeiten hat das Jobcenter, wenn sich ein Leistungsbezieher der Untersuchung durch den Amtsarzt verweigert?

Kommen Leistungsberechtigte trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis einer Aufforderung des Jobcenters nicht nach, bei einem ärztlichen Untersuchungstermin zu erscheinen, kann sich das Arbeitslosengeld II mindern (vgl. § 32 SGB II). Im Einzelfall kann eine fehlende Mitwirkung im Rahmen von § 66 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) auch zur Entziehung oder Versagung von Leistungen führen.

13. Können Leistungsbezieher auch auf eigenen Antrag in das SGB XII wechseln?

Eine Leistungsberechtigung nach dem SGB II sowie nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII besteht nur dann, wenn die für die drei genannten Existenzsicherungssysteme jeweils geltenden Voraussetzung erfüllt werden. Ein Antragsrecht, vom SGB II in das Dritte oder Vierte Kapitel des SGB XII – und auch in die umgekehrte Richtung – zu wechseln, gibt es deshalb nicht.

14. Welche Kosten entstehen für die Jobcenter durch die Einschaltung von Ärzten der örtlichen Agentur für Arbeit oder der Kommune?

Welche Kosten entstehen für die Jobcenter bei der Einschaltung von Nicht-Amtsärzten?

Bei den folgenden Angaben ist zu berücksichtigen, dass Ausgaben für ärztliche Begutachtungen und insbesondere für den ärztlichen Dienst nicht nur im Zusammenhang mit der dem Übergang zwischen den Rechtskreisen SGB II und SGB XII und der Feststellung der Erwerbsfähigkeit entstehen. Welcher Anteil der Kosten in welchen konkreten Zusammenhang entsteht, wird nicht differenziert erhoben.

Die Ausgaben für ärztliche Dienstleistungen, die die Bundesagentur für Arbeit für die durch die gemeinsamen Einrichtungen betreuten Personen erbringt (u. a. ärztliche Begutachtungen durch BA-Personal aufgrund von Vereinbarungen im Rahmen des Service Portfolio gegen Kostenerstattung) und für die Einschaltung von externen Ärztinnen und Ärzten bzw. von externen Diensten für ärztliche Begutachtungen durch die gemeinsamen Einrichtungen ohne Beteiligung der BA, sind im Jahr 2020 Ausgaben in Höhe von 41 817 000 Euro entstanden, davon 5 044 000 Euro für ärztliche Begutachtungen und 36 773 000 Euro für den ärztlichen Dienst.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind 2020 insgesamt für ärztliche Begutachtungen, die nicht von eigenem Personal der BA durchgeführt wurden, Ausgaben in Höhe von 13 704 000 Euro entstanden. Für diese Ausgaben ist keine Trennung in die Rechtskreise SGB III und SGB II möglich. Angaben für das SGB II beziehen sich zudem nur auf gemeinsame Einrichtungen. Für den Bereich der zugelassenen kommunalen Träger liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

Beziffert werden können die Ausgaben, die dem Bund durch Erstattungen an die Träger der Rentenversicherung entstehen. Der Bund erstattet den Trägern der Rentenversicherung die ihnen für gutachterliche Stellungnahmen nach § 109a SGB VI entstehenden Aufwendungen. Dabei werden die Erstattungszahlungen nicht für die Rechtskreise SGB II und SGB XII differenziert. Für das Jahr 2020 hat der Bund 9 Mio. Euro an die Träger der Rentenversicherung erstattet.

15. Welche Maßnahmen werden im SGB XII unternommen, damit die Leistungsbezieher eine Arbeit aufnehmen?

16. Welche Angebote zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit werden im SGB XII gefördert, und wie viele Personen wurden in den vergangenen fünf Jahren gefördert (bitte jährliche Angaben)?

Leistungsberechtigte nach dem SGB XII sind nicht erwerbsfähig oder aus Altersgründen nicht zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verpflichtet (auf die Vorbeurteilung der Bundesregierung wird verwiesen). Aus diesen Gründen

sieht das SGB XII keine Verpflichtung zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und auch keine gesetzlichen Maßnahmen hierzu vor. Allerdings beinhaltet das Sozialhilferecht in § 11 SGB XII auch sogenannte aktivierende Maßnahmen. Diese zielen jedoch nicht vorrangig auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ab, sondern allgemein auf eine Betätigung. Dabei steht Einkommenserzielung und die dadurch ermöglichte Überwindung oder zumindest Verringerung von Hilfebedürftigkeit nicht im Vordergrund. Eine Verpflichtung zur Aufnahme einer Tätigkeit und zur Teilnahme an einer hierfür erforderlichen Vorbereitung besteht nur in Ausnahmefällen, nämlich dann, wenn dadurch Einkommen erzielt werden kann, was allerdings nur sehr selten vorkommt. Durch aktivierende Maßnahmen sollen deshalb in erster Linie eine aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht werden sowie die Erhaltung und – soweit im Einzelfall möglich – auch die Verbesserung der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit. Diesem begrenzten Ansatz tragen auch die in § 11 Absatz 4 SGB XII enthaltenen Zumutbarkeitsregelungen für die Aufnahme einer Tätigkeit Rechnung.

17. Wie viele Integrationen in Arbeit nach dem SGB XII gab es in den letzten zehn Jahren jährlich (bitte nach Kommunen aufschlüsseln)?

Die amtliche Sozialhilfestatistik weist im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII die Zahl der Personengemeinschaften aus, bei denen die Leistung wegen ausreichend hohen Einkommens durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eingestellt wurde. Eine Aufteilung nach Trägern und damit nach Kommunen erfolgt in der Statistik für das Dritte Kapitel des SGB XII nicht.

Die Daten für 2011 bis 2019 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Für 2020 liegen noch keine entsprechenden Daten vor.

Einstellung des Leistungsbezugs bei Personengemeinschaften im Dritten Kapitel des SGB XII im Laufe des jeweiligen Berichtsjahres wegen ausreichenden Einkommens durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit								
2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
291	371	360	383	462	444	381	286	246

18. Sind der Bundesregierung Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen der psychotherapeutischen Behandlung nach dem SGB V, nach § 33 Absatz 6 SGB IX und nach den §§ 67 bis 69 SGB XII bekannt, und wenn ja, welche Pläne verfolgt die Bundesregierung zu deren Minimierung?

Der Bundesregierung sind keine Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen der psychotherapeutischen Behandlung nach dem SGB V, nach § 49 Absatz 6 SGB IX und nach §§ 67 bis 69 SGB XII bekannt.

Medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen nach § 49 Absatz 6 SGB IX werden als sog. Annexleistung während einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben vom zuständigen Reha-Träger erbracht, soweit diese im Einzelfall zur Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich und integrativer Bestandteil einer Teilhabeleistung sind. Das bedeutet, dass die Leistungen nach § 49 Absatz 6 SGB IX in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptleistung (z. B. einer beruflichen Qualifizierung) stehen müssen. Da die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbringen, kommt es hier auch nicht zu Abgrenzungsschwierigkeiten mit den Vorschriften im SGB V.

Die §§ 67 bis 69 SGB XII fungieren als Auffangnormen. Nach § 67 Satz 2 SGB XII werden Leistungen nach § 67 SGB XII nur erbracht, wenn der entsprechende Bedarf nicht durch Leistungen nach anderen Vorschriften des

SGB XII oder des SGB VIII und SGB IX gedeckt wird. Zudem unterliegen die Leistungen nach § 67 SGB XII dem in § 2 Absatz 1 SGB XII normierten allgemeinen Nachranggrundsatz der Sozialhilfe.

Im Übrigen umfasst der Leistungsumfang von §§ 67 bis 69 SGB XII nicht explizit psycho-therapeutische Behandlungen. Nach § 67 Satz 1 SGB XII sind Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, Leistungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu erbringen, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind. Nach § 68 Absatz 1 SGB XII umfassen diese Leistungen alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Hierzu zählen etwa die Beratung und persönliche Betreuung für die Leistungsberechtigten und ihre Angehörigen sowie Hilfen zur Ausbildung.

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
Deutschland		57.594	56.007	53.252	51.219	50.651
03002	JC Vorpommern-Greifswald Nord	149	129	112	114	136
03006	JC Vorpommern-Greifswald Süd	58	53	47	41	32
03102	JC Mecklenburgische Seenplatte Süd	109	98	94	87	117
03122	JC Mecklenburgische Seenplatte Nord	133	112	98	108	147
03202	JC Rostock, Hansestadt	159	154	150	149	149
03208	JC Landkreis Rostock	163	159	138	127	147
03302	JC Schwerin, Landeshauptstadt	115	114	104	89	95
03304	JC Nordwestmecklenburg	106	97	102	101	117
03324	JC Ludwigslust-Parchim	198	181	162	159	150
03444	JC Vorpommern-Rügen	215	203	174	161	172
03502	JC Cottbus, Stadt	43	37	43	43	54
03504	JC Elbe-Elster	150	123	106	93	86
03506	JC Oberspreewald-Lausitz	68	60	54	55	61
03510	JC Dahme-Spreewald	71	63	59	67	74
03538	JC Spree-Neiße	128	116	127	112	95
03602	JC Barnim	88	77	94	107	97
03604	JC Uckermark	177	146	119	118	113
03702	JC Frankfurt (Oder), Stadt	34	32	39	42	69
03706	JC Oder-Spree	60	49	53	38	36
03708	JC Märkisch-Oderland	112	109	100	90	95
03802	JC Ostprignitz-Ruppin	55	48	43	46	44
03804	JC Prignitz	43	40	41	36	45
03806	JC Oberhavel	223	187	157	155	151
03846	JC Havelland	104	96	82	75	59
03902	JC Brandenburg an der Havel, Stadt	60	58	58	54	54
03904	JC Potsdam, Stadt	68	62	59	54	55
03908	JC Teltow-Fläming	82	71	58	50	37
03942	JC Potsdam-Mittelmark	154	118	75	51	42
04102	JC Salzlandkreis	9	9	19	12	11
04202	JC Dessau-Roßlau	51	43	39	49	57
04208	JC Anhalt-Bitterfeld	185	179	125	105	108
04214	JC Wittenberg	83	73	66	69	69
04306	JC Harz	167	149	145	140	131
04402	JC Halle (Saale), Stadt	177	174	167	172	148
04412	JC Saalekreis	170	146	123	114	94
04502	JC Magdeburg, Landeshauptstadt	148	134	131	124	117
04506	JC Jerichower Land	68	69	71	66	68
04514	JC Börde	84	69	66	68	77
04648	JC Burgenlandkreis	203	174	152	129	123
04704	JC Mansfeld-Südharz	179	152	133	133	139
04802	JC Stendal	142	132	114	101	103
04846	JC Altmarkkreis Salzwedel	57	53	54	48	48
07146	JC Erzgebirgskreis	130	93	95	92	75
07202	JC Bautzen	274	263	249	218	209
07208	JC Görlitz	191	167	138	143	138
07302	JC Chemnitz, Stadt	159	153	142	145	165
07402	JC Dresden, Stadt	328	298	270	244	225
07502	JC Leipzig, Stadt	394	355	315	273	252
07602	JC Nordsachsen	100	88	79	74	69
07610	JC Leipzig	239	206	162	152	159
07702	JC Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	126	98	88	88	82
07804	JC Vogtlandkreis	109	100	102	95	84
07904	JC Meißen	206	188	160	138	124
08002	JC Mittelsachsen	174	151	135	115	106

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
09202	JC Zwickau	164	153	146	133	125
09302	JC Erfurt, Stadt	145	145	145	161	159
09304	JC Ilm-Kreis	54	41	35	39	52
09308	JC Sömmerda	37	30	30	32	39
09310	JC Weimar, Stadt	42	45	39	41	47
09312	JC Weimarer Land	51	44	37	33	34
09402	JC Gera, Stadt	56	49	48	59	69
09414	JC Saale-Orla-Kreis	38	26	24	27	25
09418	JC Altenburger Land	67	55	47	49	61
09446	JC Greiz	61	58	60	59	51
09502	JC Gotha	100	111	96	85	79
09506	JC Unstrut-Hainich-Kreis	86	76	83	76	85
09602	JC Jena, Stadt	55	45	47	51	49
09606	JC Saale-Holzland-Kreis	30	29	25	23	24
09614	JC Saalfeld-Rudolstadt	65	53	50	42	42
09702	JC Nordhausen	38	38	37	38	39
09704	JC Eichsfeld	23	14	10	7	5
09708	JC Kyffhäuserkreis	55	56	59	57	56
09802	JC Suhl, Stadt	20	13	14	13	17
09804	JC Hildburghausen	14	14	16	15	9
09806	JC Sonneberg	18	15	10	8	8
09810	JC Wartburgkreis	60	55	45	42	37
09818	JC Eisenach, Stadt	23	19	15	15	15
09840	JC Schmalkalden-Meiningen	48	38	33	28	21
11102	JC Stormarn	158	152	152	171	166
11116	JC Herzogtum Lauenburg	234	239	235	227	198
11502	JC Pinneberg	354	372	356	319	298
11522	JC Segeberg	266	274	247	220	195
11902	JC Flensburg, Stadt	117	98	117	134	130
11904	JC Schleswig-Flensburg	133	138	114	85	90
11916	JC Nordfriesland	113	93	105	86	94
12302	JC Hamburg, Freie und Hansestadt	1.278	1.143	1.021	894	837
12702	JC Dithmarschen	121	104	101	106	106
12712	JC Steinburg	132	125	109	110	101
13102	JC Kiel, Landeshauptstadt	385	366	356	335	345
13106	JC Plön	142	146	167	170	193
13502	JC Lübeck, Hansestadt	283	280	288	292	290
13506	JC Ostholstein	127	121	111	106	92
13902	JC Neumünster, Stadt	186	181	176	161	153
13912	JC Rendsburg-Eckernförde	278	261	262	287	291
21102	JC Braunschweig, Stadt	162	153	133	132	116
21104	JC Salzgitter, Stadt	116	113	120	146	163
21106	JC Wolfenbüttel	47	45	43	42	44
21124	JC Goslar	219	247	260	278	270
21404	JC Bremen, Stadt	473	489	474	449	463
21416	JC Osterholz	92	76	57	44	46
21420	JC Bremerhaven, Stadt	189	203	212	202	202
22102	JC Celle	135	146	139	142	156
22116	JC Heidekreis	92	66	68	44	49
22402	JC Emden, Stadt	26	24	23	21	22
22410	JC Leer	88	.	57	73	90
22444	JC Wittmund	55	48	43	39	41
22446	JC Aurich	181	163	149	150	164
23102	JC Göttingen	229	184	153	117	96
23106	JC Northeim	80	70	57	54	52

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
23406	JC Holzminden	40	35	28	27	23
23408	JC Hameln-Pyrmont	149	143	145	140	139
23444	JC Schaumburg	153	144	132	118	109
23702	JC Region Hannover	873	866	848	764	694
24110	JC Helmstedt	42	46	56	63	74
24112	JC Gifhorn	69	64	60	62	57
24114	JC Wolfsburg, Stadt	80	105	113	111	103
24402	JC Hildesheim	252	255	244	229	232
24404	JC Peine	219	215	180	175	169
25102	JC Lüneburg	99	96	88	78	75
25104	JC Harburg	183	167	161	151	143
25110	JC Lüchow-Dannenberg	24	21	17	16	17
25112	JC Uelzen	27	33	33	34	40
25704	JC Grafschaft Bentheim	117	112	125	126	123
25706	JC Emsland	237	226	221	227	200
26104	JC Delmenhorst, Stadt	108	98	96	106	117
26106	JC Oldenburg (Oldenburg), Stadt	149	140	129	118	106
26110	JC Wesermarsch	82	80	72	60	55
26112	JC Ammerland	77	70	67	54	51
26118	JC Oldenburg	121	108	100	94	61
26126	JC Wilhelmshaven, Stadt	63	68	61	64	78
26130	JC Friesland	67	61	52	42	34
26402	JC Osnabrück, Stadt	126	110	112	120	119
26410	JC Osnabrück	332	303	263	259	236
26702	JC Stade	75	78	72	64	68
26704	JC Cuxhaven	108	97	82	90	94
26706	JC Rotenburg (Wümme)	101	96	91	88	91
27402	JC Vechta	37	35	39	35	34
27404	JC Cloppenburg	97	88	75	85	92
27706	JC Verden	138	128	80	68	70
27708	JC Diepholz	106	125	132	123	125
27718	JC Nienburg (Weser)	118	106	78	79	83
31106	JC Heinsberg	361	351	309	252	214
31108	JC Städteregion Aachen	551	509	505	513	494
31118	JC Düren	452	455	394	403	359
31502	JC Leverkusen, Stadt	235	241	249	261	268
31504	JC Oberbergischer Kreis	227	213	195	188	164
31506	JC Rheinisch-Bergischer Kreis	169	166	178	200	217
31704	JC Bielefeld, Stadt	436	427	401	401	418
31778	JC Gütersloh	228	229	156	137	114
32102	JC Bochum, Stadt	422	447	467	468	449
32112	JC Herne, Stadt	226	226	225	219	187
32302	JC Bonn, Stadt	344	342	337	353	341
32304	JC Rhein-Sieg-Kreis	585	555	489	445	428
32502	JC Rhein-Erft-Kreis	380	401	414	403	380
32504	JC Euskirchen	123	134	130	130	113
32702	JC Borken	395	382	351	293	256
32704	JC Coesfeld	120	122	130	119	103
33148	JC Lippe	374	441	409	358	305
33302	JC Dortmund, Stadt	1.134	1.123	1.143	1.184	1.080
33702	JC Düsseldorf, Stadt	562	573	573	592	566
34102	JC Duisburg, Stadt	637	646	774	803	813
34348	JC Essen, Stadt	583	506	472	461	402
34502	JC Gelsenkirchen, Stadt	511	469	429	382	351
34506	JC Bottrop, Stadt	153	145	147	141	146

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
34702	JC Ennepe-Ruhr-Kreis	330	319	298	280	258
34704	JC Hagen, Stadt	292	287	261	228	203
35102	JC Hamm, Stadt	189	220	135	106	116
35104	JC Unna	478	475	452	468	522
35302	JC Herford	236	247	274	288	298
35318	JC Minden-Lübbecke	273	317	273	209	176
35502	JC Märkischer Kreis	426	446	420	404	392
35702	JC Köln, Stadt	1.232	1.265	1.276	1.271	1.248
36102	JC Krefeld	222	225	219	206	192
36108	JC Viersen	225	208	190	197	193
36402	JC Mettmann	560	607	603	618	629
36502	JC Mönchengladbach, Stadt	540	518	520	518	463
36504	JC Rhein-Kreis Neuss	287	291	271	248	225
36704	JC Warendorf	153	124	116	105	101
36748	JC Münster, Stadt	239	248	251	223	206
37102	JC Mülheim an der Ruhr, Stadt	324	341	299	284	271
37106	JC Oberhausen, Stadt	284	296	277	255	246
37302	JC Paderborn	255	237	214	195	183
37338	JC Höxter	87	77	65	64	69
37548	JC Recklinghausen	1.042	950	904	857	883
37710	JC Steinfurt	362	325	288	231	206
38102	JC Siegen-Wittgenstein	201	209	226	227	227
38104	JC Olpe	64	57	48	53	52
38302	JC Soest	200	202	198	188	173
38340	JC Hochsauerlandkreis	187	210	160	143	126
38702	JC Wesel	558	590	588	553	493
38704	JC Kleve	206	237	189	148	128
39104	JC Remscheid, Stadt	180	183	182	174	179
39106	JC Solingen, Stadt	299	351	297	282	268
39148	JC Wuppertal, Stadt	627	756	421	421	401
41102	JC Hersfeld-Rotenburg	104	103	93	86	92
41110	JC Fulda	162	140	126	112	113
41502	JC Bergstraße	128	120	129	119	119
41506	JC Darmstadt-Dieburg	446	444	441	353	343
41508	JC Odenwaldkreis	125	148	157	140	151
41512	JC Darmstadt, Wissenschaftsstadt	368	359	343	373	382
41920	JC Frankfurt am Main, Stadt	768	779	786	761	791
42702	JC Gießen	174	171	180	201	214
42704	JC Vogelsbergkreis	39	32	32	36	29
42708	JC Wetteraukreis	115	110	105	101	117
43102	JC Main-Kinzig-Kreis	520	467	437	375	297
43302	JC Hochtaunuskreis	102	88	75	65	98
43304	JC Main-Taunus-Kreis	167	175	164	137	112
43306	JC Groß-Gerau	271	268	263	246	232
43502	JC Kassel, documenta-Stadt	308	314	324	302	315
43504	JC Kassel	249	239	234	217	201
43520	JC Werra-Meißner-Kreis	97	82	102	102	101
43902	JC Waldeck-Frankenberg	91	95	94	97	102
43904	JC Schwalm-Eder-Kreis	99	88	81	76	76
44302	JC Limburg-Weilburg	208	231	238	213	204
44304	JC Lahn-Dill-Kreis	257	233	206	202	217
44702	JC Marburg-Biedenkopf	242	242	214	165	156
45108	JC Offenbach	290	279	263	242	250
45148	JC Offenbach am Main, Stadt	144	104	101	98	99
45902	JC Wiesbaden, Landeshauptstadt	701	749	757	731	663

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
45904	JC Rheingau-Taunus-Kreis	114	142	136	133	166
51102	JC Bad Kreuznach	87	93	84	79	89
51106	JC Birkenfeld	43	41	41	37	47
51110	JC Rhein-Hunsrück-Kreis	33	34	28	27	35
51502	JC Donnersbergkreis	50	41	36	31	37
51506	JC Kaiserslautern, Stadt	82	81	83	81	79
51510	JC Kaiserslautern	54	58	59	66	64
51516	JC Pirmasens, Stadt	55	59	55	49	43
51518	JC Zweibrücken, Stadt	23	19	16	15	19
51520	JC Südwestpfalz	35	25	19	13	13
51542	JC Kusel	41	35	38	28	28
51902	JC Koblenz, Stadt	88	109	117	118	129
51904	JC Cochem-Zell	13	13	17	15	17
51906	JC Ahrweiler	55	57	49	49	60
51908	JC Mayen-Koblenz	132	123	131	126	122
52302	JC Vorderpfalz-Ludwigshafen	201	219	216	209	232
52704	JC Alzey-Worms	51	44	42	46	60
52706	JC Mainz, Stadt	114	100	93	88	84
52710	JC Worms, Stadt	72	66	70	70	60
52744	JC Mainz-Bingen	95	88	81	67	55
53502	JC Rhein-Lahn-Kreis	66	71	75	79	90
53504	JC Westerwaldkreis	116	110	119	109	114
54302	JC Germersheim	31	31	29	33	48
54308	JC Landau-Südliche Weinstraße	59	44	41	40	52
54312	JC Deutsche Weinstraße	66	52	56	50	54
54702	JC Altenkirchen (Westerwald)	66	61	58	57	60
54708	JC Neuwied	157	158	154	129	126
55502	JC Regionalverband Saarbrücken	206	208	207	216	237
55514	JC Neunkirchen	93	84	82	87	89
55516	JC St. Wendel	32	16	15	14	14
55518	JC Saarpfalz-Kreis	35	31	29	23	27
55520	JC Merzig-Wadern	49	45	36	32	44
55522	JC Saarlouis	87	54	40	32	36
56302	JC Berncastel-Wittlich	39	47	43	44	55
56304	JC Bitburg-Prüm	19	19	23	34	28
56306	JC Trier, Stadt	44	38	38	45	42
56308	JC Trier-Saarburg	26	31	32	29	48
56310	JC Vulkaneifel	38	38	33	31	32
61108	JC Heidenheim	36	31	34	37	45
61146	JC Ostalbkreis	87	60	54	57	65
61402	JC Zollernalbkreis	38	32	32	25	29
61406	JC Sigmaringen	22	19	22	17	13
61702	JC Breisgau-Hochschwarzwald	81	88	90	81	66
61704	JC Emmendingen	33	32	30	26	31
61706	JC Freiburg im Breisgau, Stadt	128	121	113	112	120
62102	JC Esslingen	113	110	97	90	95
62106	JC Göppingen	92	96	89	84	93
62402	JC Heidelberg, Stadt	32	34	27	29	29
62404	JC Rhein-Neckar-Kreis	129	128	127	127	113
62702	JC Heilbronn, Stadt	61	61	65	78	84
62704	JC Heilbronn	50	48	59	68	78
63102	JC Karlsruhe, Stadt	105	98	93	85	78
63108	JC Karlsruhe	131	130	116	115	104
63120	JC Baden-Baden, Stadt	9	9	15	12	13
63122	JC Rastatt	65	60	61	49	44

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
63402	JC Konstanz	77	90	81	75	88
63404	JC Bodenseekreis	69	78	74	55	58
63408	JC Ravensburg	35	30	32	23	38
63702	JC Lörrach	60	57	65	77	72
63704	JC Waldshut	94	92	72	82	103
64148	JC Ludwigsburg	226	244	280	235	245
64402	JC Mannheim, Universitätsstadt	110	107	102	105	114
64702	JC Calw	14	18	20	24	28
64708	JC Freudenstadt	16	19	19	12	14
64710	JC Pforzheim, Stadt	175	138	109	120	107
64712	JC Enzkreis	42	66	70	87	52
65106	JC Ortenaukreis	150	136	121	105	93
66402	JC Reutlingen	42	31	33	41	30
66404	JC Tübingen	33	33	30	26	29
67102	JC Rems-Murr-Kreis	70	84	78	86	100
67402	JC Hohenlohekreis	17	18	16	15	11
67404	JC Schwäbisch Hall	55	51	45	35	33
67408	JC Neckar-Odenwald-Kreis	25	28	33	25	21
67410	JC Main-Tauber-Kreis	25	21	20	24	21
67704	JC Böblingen	63	61	55	56	58
67748	JC Stuttgart, Landeshauptstadt	150	125	117	124	125
68402	JC Ulm, Universitätsstadt	69	80	79	74	76
68404	JC Alb-Donau-Kreis	52	49	49	51	54
68410	JC Biberach	47	48	52	53	42
68702	JC Schwarzwald-Baar-Kreis	91	101	106	104	91
68706	JC Tuttlingen	17	23	27	22	23
68708	JC Rottweil	40	45	44	42	35
71102	JC Ansbach, Stadt	27	22	12	10	8
71108	JC Weißenburg-Gunzenhausen	27	19	12	13	13
71110	JC Roth	14	18	12	13	14
71146	JC Ansbach	48	44	37	26	29
71502	JC Aschaffenburg, Stadt	50	44	38	39	37
71504	JC Aschaffenburg	45	37	25	27	34
71506	JC Miltenberg	43	30	27	27	32
72302	JC Bayreuth, Stadt	32	29	28	21	28
72304	JC Bayreuth	7	7	4	6	10
72306	JC Kulmbach	9	9	13	16	13
72308	JC Hof, Stadt	32	31	30	29	29
72310	JC Hof	25	27	29	30	24
72312	JC Wunsiedel im Fichtelgebirge	19	18	17	20	29
72702	JC Coburg, Stadt	17	10	10	9	10
72704	JC Coburg	19	19	17	14	13
72706	JC Kronach	8	5	3	7	9
72708	JC Lichtenfels	20	20	22	20	16
72710	JC Bamberg, Stadt	22	23	25	26	30
72712	JC Bamberg	16	15	19	19	21
72714	JC Forchheim	23	24	23	23	25
72902	JC Fürth, Stadt	81	81	74	70	67
72904	JC Fürth, Land	17	14	8	7	8
72906	JC Erlangen, Stadt	35	31	41	39	34
72908	JC Erlangen-Höchstadt	9	8	11	12	12
72910	JC Neustadt adAisch-Bad Windsheim	12	13	9	9	11
73514	JC Nürnberg, Stadt	446	472	491	519	524
73522	JC Nürnberger Land	34	31	31	40	47
73524	JC Schwabach, Stadt	9	11	8	8	3

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
73902	JC Neumarkt idOPf	20	14	10	12	11
73904	JC Regensburg, Stadt	53	67	65	62	56
73906	JC Regensburg	28	24	24	31	32
73908	JC Kelheim	14	20	24	29	27
74302	JC Amberg-Sulzbach	18	23	26	23	22
74306	JC Cham	14	10	10	14	22
74308	JC Schwandorf	53	49	43	43	39
74702	JC Bad Kissingen	19	16	16	14	10
74704	JC Haßberge	15	13	13	13	17
74706	JC Rhön-Grabfeld	16	12	9	7	7
74708	JC Schweinfurt, Stadt	43	32	33	27	28
74710	JC Schweinfurt	13	11	11	12	14
75102	JC Neustadt-Weiden	62	53	48	45	55
75104	JC Tirschenreuth	15	9	9	9	9
75902	JC Kitzingen	21	13	11	15	17
75906	JC Würzburg, Stadt	75	75	71	59	50
75908	JC Würzburg	12	13	15	17	17
75910	JC Main-Spessart	28	27	30	25	25
81102	JC Aichach-Friedberg	9	11	10	10	9
81104	JC Augsburg, Stadt	112	102	97	97	103
81110	JC Augsburg	39	42	32	26	27
81502	JC Deggendorf	18	17	21	16	18
81504	JC Regen	25	17	14	14	17
81512	JC Straubing-Bogen	37	48	39	38	44
81904	JC Dillingen adDonau	13	11	14	16	17
81906	JC Donau-Ries	10	9	10	10	14
81910	JC Günzburg	58	47	41	33	25
81912	JC Neu-Ulm	23	20	11	9	17
82302	JC Erding	24	22	25	19	18
82304	JC Freising	11	12	17	15	14
82306	JC Dachau	22	20	18	19	25
82308	JC Ebersberg	9	9	5	4	5
82702	JC Eichstätt	6	6	4	2	3
82706	JC Neuburg-Schrobenhausen	9	9	10	10	16
82708	JC Pfaffenhofen a.d. Ilm	13	12	10	11	17
82746	JC Ingolstadt, Stadt	48	48	53	52	49
83104	JC Kempten (Allgäu), Stadt	16	14	11	15	15
83106	JC Lindau (Bodensee)	11	10	9	8	7
83110	JC Ostallgäu	18	15	20	24	25
83112	JC Memmingen, Stadt	6	7	5	4	4
83114	JC Unterallgäu	9	7	6	6	10
83142	JC Oberallgäu	36	6	4	6	9
83148	JC Kaufbeuren, Stadt	13	18	19	18	20
83502	JC Dingolfing-Landau	13	10	9	6	7
83504	JC Landshut, Stadt	20	20	22	24	19
83506	JC Landshut	14	14	14	11	13
83510	JC Rottal-Inn	12	18	15	15	17
84308	JC München, Landeshauptstadt	448	518	615	668	731
84358	JC München	26	28	30	26	20
84702	JC Freyung-Grafenau	11	11	10	7	8
84704	JC Passau, Stadt	8	7	7	9	14
84706	JC Passau	51	45	35	37	42
85502	JC Bad Tölz-Wolfratshausen	18	21	21	19	22
85504	JC Miesbach	10	12	11	10	9
85506	JC Rosenheim, Stadt	24	21	23	23	25

Anlage

Bestand nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) im Alter von 15 Jahren und älter

Region		2016	2017	2018	2019	2020
		1	2	3	4	5
85508	JC Rosenheim	27	31	37	30	28
85902	JC Berchtesgadener Land	13	13	17	19	19
85904	JC Traunstein	15	9	10	13	19
85906	JC Altötting	16	14	16	15	17
85908	JC Mühldorf am Inn	23	21	15	19	19
86302	JC Garmisch-Partenkirchen	18	13	12	13	11
86304	JC Landsberg am Lech	23	24	26	27	22
86306	JC Weilheim-Schongau	9	9	8	9	14
86308	JC Fürstenfeldbruck	30	40	38	42	45
86310	JC Starnberg	7	6	7	9	10
92202	JC Neukölln	552	531	478	474	458
92204	JC Treptow-Köpenick	123	125	123	129	157
92208	JC Steglitz-Zehlendorf	93	85	82	79	78
92210	JC Tempelhof-Schöneberg	356	362	334	332	393
95502	JC Charlottenburg-Wilmersdorf	159	162	175	170	169
95504	JC Pankow	177	182	172	151	148
95506	JC Reinickendorf	298	286	253	240	288
95508	JC Spandau	299	276	264	252	267
96202	JC Friedrichshain-Kreuzberg	310	294	283	287	306
96204	JC Mitte	508	527	516	534	618
96206	JC Marzahn-Hellersdorf	208	190	184	181	184
96208	JC Lichtenberg	170	161	156	144	164

Erstellungsdatum: 05.05.2021, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 316190

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

